

POLEN

STEPHAN RAABE

LEITER DES AUSLANDSBÜROS

17. Dezember 2007

www.kas.de/warschauwww.kas.de

Freundlich, aber ohne Ergebnisse

Der Tenor der Medien in Polen auf die Visite Donald Tusks in Berlin ist überwiegend kritisch. Hervorgehoben wird zwar die freundliche Atmosphäre; deutlich kritisiert wird jedoch das Fehlen tatsächlicher Ergebnisse in den problematischen Fragen Gaspipeline, Zentrum gegen Vertreibungen und Restitutionsansprüche von Deutschen. In der Kommentierung macht sich einerseits die hohe Erwartungshaltung bemerkbar, die durch den von Tusk unmittelbar vor der Reise gemachten Vorschlag zum Bau eines Weltkriegsmuseums in Danzig anstelle eines Vertreibungsmuseums in Berlin zusätzlich angefacht wurde; andererseits zeigt sich aber auch die nach wie vor vorherrschende Dominanz eher nationalkonservativer Parteigänger im Journalismus und die Wirkung der populistischen Indoktrination der letzten Jahre, die in der Konsequenz zu einer einseitig tendenziösen Berichterstattung führen. Dies spiegelt sich wider in der Behandlung des Themas im Fernsehen sowie in den Schlagzeilen der großen Zeitungen. Dort heißt es zum Besuch des neuen Premiers in Berlin: keine konkreten Ergebnisse, keine Fortschritte, kein Verständnis für die Anliegen Tusks, ein Tag schwieriger Gespräche, Tusk hat Berlin nicht erobert, Merkel drei Mal Nein, Tusk prallt gegen den deutschen Eisberg, ohne Durchbruch in Berlin, Lächeln und bittere Pillen für Tusk. Nur bei den links orientierten Zeitungen sind die Kommentare freundlicher.

Von Seiten der polnischen Regierung konnte der Besuch nicht positiv kommuniziert werden. Für den polnischen Premier werden die Kommentare in seinem Land nach der positiven Atmosphäre in Berlin wie eine kalte Dusche wirken. Allerdings hatte er selbst sich bereits nach seinem Besuch als Oppositionsführer in Berlin Ende März dieses Jahres ernüchert und enttäuscht gezeigt über

das mangelnde Entgegenkommen gerade in den Reihen der Partnerpartei CDU/CSU in den für Polen kritischen Fragen. Die Mehrheit der Kommentare in Polen zum Tusk-Besuch stimmt in ihrer Undifferenziertheit traurig und lässt die Schwierigkeiten erahnen, die noch zu bewältigen sein werden. In den vergangenen Jahren haben sowohl die Regierungen als auch die mitte-rechts Parteien der Opposition in Polen einschließlich der von Tusk geführten Bürgerplattform PO überzeugt vom Recht und der Wahrheit der eigenen Sichtweise eine geradezu dogmatische Zielsetzung in der Deutschlandpolitik propagiert und verfolgt. Sie besteht in der Verhinderung der Gaspipeline durch die Ostsee und eines Vertreibungsmuseums in Berlin, in der Forderung nach Marginalisierung der Vertriebenenorganisationen und ihrer Präsidentin, Erika Steinbach, in Deutschland und in der Forderung nach Übernahme eventueller Entschädigungsansprüche von Vertriebenen gegenüber Polen durch Deutschland. Nachdem man von polnischer Seite in den letzten zwei Jahren mit einer Strategie konfrontativer Härte die „polnischen Interessen“ gegenüber Deutschland durchsetzen wollte, versucht es die neue Regierung mit konzilianter Freundlichkeit. Nach wie vor ist allerdings bei der großen Mehrheit der politischen Klasse und der medialen Meinungsführer offensichtlich die Überzeugung vorherrschend, dass Deutschland in den inkriminierten Punkten seine Politik substantiell ändern müsse, also zu einer Erfüllung der polnischen Forderung zu bewegen sei. Dies ist die Erwartung und der Hintergrund der meisten Kommentare in den Medien.

Vielleicht hat man es von deutscher Seite mit Rücksicht darauf, den „Patienten“ Polen nicht zusätzlich zu erregen und extremen politischen Kräften im Lande Nahrung zu

17. Dezember 2007

www.kas.de/warschau

www.kas.de

geben, versäumt, die Fakten und politischen Motive bezüglich Gaspipeline, Vertriebenen-gedenkstätte und Restitutionsforderungen in hinreichender Deutlichkeit darzustellen. Gespräche selbst mit führenden Politikern in Polen machen immer wieder die Unkenntnis und das Unverständnis für die Vorgänge in Deutschland deutlich, was zu einer eher unrealistischen Erwartung dessen führt, was man von polnischer Seite tatsächlich erreichen kann. Andauernde Frustration und anhaltendes Misstrauen sind die Folge. Dies wird unter anderem deutlich in dem Stellenwert, den die Vertriebenenpräsidentin Steinbach und die rechtsextremistische NPD in der Berichterstattung erhalten. Es gibt also Erklärungs- und Gesprächsbedarf zur Genüge. Die Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen wird noch vor Weihnachten in zwei Veranstaltungen in Warschau die Frage der Energiepolitik (Gaspipeline) und das Thema „Belastende Erinnerung, gemeinsame Grundwerte“ zum wiederholten Male behandeln.

Im Folgenden wird auf die Berichterstattung der Medien im Nachgang zum Antrittsbesuch von Premier Tusk in Berlin detaillierter eingegangen, da sie beispielhaft für die Art und Weise der Meinungsbildung durch die Medien in Polen ist und das politische Selbstverständnis vieler Meinungsmacher zeigt.

Die Darstellung im Fernsehen

Während in den deutschen Fernsehnachrichten von ARD und ZDF der Besuch des neuen polnischen Premiers, Donald Tusk, in Berlin zwar prominent und positiv, aber erst an dritter oder vierter Stelle hinter den Anschlägen in Algerien und innenpolitischen Themen behandelt wurde, war die Antrittsvisite bei den Fernsehsendern in Polen der Aufmacher und das Hauptthema des Abends.

In den **Hauptnachrichten des öffentlichen Senders TVP 1** um 19.30 Uhr heißt es, der Besuch habe eine neue Offenheit gezeigt, aber keine Revolution gebracht. Tusk wird eingeblendet mit den Worten, man wolle wie mit Freunden sprechen auch über die kritischen Punkte und das Verhält-

nis so positiv gestalten, wie das persönliche zwischen der Kanzlerin und ihm bereits sei. Die Forderungen der NPD auf Rückgabe der ehemals deutschen Gebiete wurden von beiden Seiten gleichermaßen deutlich zurückgewiesen, heißt es. Eine Korrespondentin aus Berlin kommentiert, der Besuch sei ruhig und freundlich verlaufen, aber ohne konkrete Ergebnisse. Gezeigt wird die Absage der deutschen Kanzlerin Merkel gegenüber dem Vorschlag Tusks, statt des Zentrums gegen Vertreibungen ein Weltkriegsmuseum in Danzig zu bauen. Das Museum in Berlin sei ein Projekt der deutschen Regierung, wird Merkel zitiert. Tusk sagt, dies sei erfreulich. Frau Steinbach wird eingeblendet. Dazu heißt es: Polen ist jedoch gegen eine Beteiligung Steinbachs. Es folgen kurze Stellungnahmen der deutschen Polenbeauftragten Gesine Schwan, des CDU-Abgeordneten Wellmann und eines Tagespiegel-Journalisten zum Vorschlag eines Weltkriegsmuseums in Danzig. Schwan meint, für die Politiker der CDU sei der Vorschlag keine Alternative, da sie gegenüber den Vertriebenen im Wort stünden. Wellmann sagt, ein Weltkriegsmuseum sei ein kompliziertes Projekt, man wolle lieber versuchen, Polen für eine Mitwirkung beim Gedenken an die Vertreibungen zu gewinnen. Der Journalist Sebastian Bickerich befürwortet den Plan, hält seine Verwirklichung jedoch für schwierig. Einig seien sich Tusk und Merkel in dieser Frage lediglich darin, so die Schlussfolgerung, dass man keine Eile habe bei der Verwirklichung der Pläne.

In den **Nachrichten des ebenfalls öffentlichen Senders TVP 2** um 18.30 und 21.30 Uhr werden Bilder der Pressekonferenz gezeigt mit dem Kommentar: freundschaftliche Atmosphäre, aber in den Fragen Gaspipeline, Zentrum gegen Vertreibungen, Russlandpolitik keine Fortschritte. Frau Steinbach wird gleich dreimal eingeblendet, einmal gemeinsam mit der Bundeskanzlerin Merkel, zudem Bilder von Fahnen schwenkenden Vertriebenen bei einem Heimattreffen. Hervorgehoben wird Merckels Äußerung, der Vorschlag Tusks für ein Weltkriegsmuseum in Danzig sei keine Alternative für das Zentrumsprojekt in Berlin. Kurze Stellungnahmen vom Oppositionspolitiker der PiS und früheren Vizeaußenminister Pawel

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

POLEN

STEPHAN RAABE

LEITER DES AUSLANDSBÜROS

17. Dezember 2007

www.kas.de/warschau

www.kas.de

Kowal, vom Leiter der Adenauer-Stiftung in Polen und von dem Deutschlandexperten (und Präsidentenberater) Marek Cichocki folgen. Kowal fordert feste Garantien, dass Eigentumsforderungen auch von zukünftigen deutschen Regierungen nicht unterstützt werden, und kritisiert, dass der Besuch schlecht vorbereitet worden sei und ohne greifbare Ergebnisse blieb. Der KAS-Leiter wird zitiert: Restitutionsforderungen werden von beiden Regierungen abgelehnt, ein klärender Spruch des Straßburger Gerichtshofes sei wünschenswert, so oder so werde Deutschland mögliche Anspruchsforderungen von Vertriebenen zu klären haben, über die Gaspipeline müssten Experten beraten, es bestehe allerdings ein gültiger Vertrag, das Projekt könne aber im Rahmen eines europäischen Energiesicherheitsnetzes behandelt werden. Cichocki meint, man könne die Energiefrage nur dann lösen, wenn sich die deutsche Politik tatsächlich und ernsthaft um eine Energie- diversifizierung sowie um die Brechung des russischen Energiemonopols bemühe. Der Beitrag schließt mit dem Hinweis auf die Äußerungen des deutschen NPD-Vorsitzenden Voigt, der die Rückgabe der ehemals deutschen Gebiete gefordert habe und den Holocaust leugnete.

Im privaten **Nachrichtensender TVN** wird recht knapp in den Nachrichten Fakten festgestellt: Tusk sei nach Berlin gereist, um über die Gaspipeline und das Vertreibungszentrum zu sprechen, hätte aber in Berlin kein Verständnis gefunden. Es schließt sich ein längerer Beitrag über die NPD und deren Forderungen an, die weder von Merkel noch von Tusk kommentiert worden seien.

Im **privaten Sender Polsat** heißt es in den Nachrichten: „**Ein Tag der schwierigen Gespräche**“. Tusk sei nach Berlin gereist, um die Deutschen in der Frage des Zentrums gegen Vertreibungen zu überzeugen, hier bleibe es aber bei unterschiedlichen Auffassungen. Berichtet wird über die extremistischen Forderungen der NPD, die aber von der deutschen Regierung nicht unterstützt würden. Fazit ist: der Besuch sei ohne Früchte geblieben, das „sichtbare Zeichen“ werde trotz des Gegenvorschlages

von Tusk entstehen. Steinbach spiele weiter eine Rolle dabei.

Berichterstattung und Kommentierung in den Zeitungen

Nur die links orientierte Presse und das Boulevard-Blatt FAKT titeln positiv. In der links-liberalen **Gazeta Wyborcza** (Auflage 440.000) heißt es auf Seite eins: „**Polen und Deutsche werden sich in der Pipeline-Frage unterstützen**“ und auf Seite 10: „Ohne Tabuthemen in Berlin“. Das wichtigste Ergebnis sei die bilaterale Vereinbarung, dass beide Länder Russland dazu überreden wollen, über die an Polen vorbei laufende Ostseepipeline gemeinsam zu reden. Eigentumsforderungen habe die Kanzlerin zum wiederholten Male zurückgewiesen und Regierungskonsultationen zum geplanten „sichtbaren Zeichen“ (Forschungszentrum zu Vertreibungen) angekündigt. Piotr Buras, junger Deutschlandexperte, kommentiert: „Ein Wechsel in der polnischen Deutschlandpolitik ist gut sichtbar. Jede Meinungsverschiedenheit führte bisher zum Krach. Tusk kündigt an, dass trotz Unterschieden eine Zusammenarbeit möglich sein wird.“ Cornelius Ochmann von der Bertelsmann-Stiftung wird zitiert: „Wenn man die heutige Pressekonferenz Tusks mit der von Kaczynski vor einem Jahr vergleicht, wird deutlich, dass solche Herzlichkeit in den deutsch-polnischen Beziehungen seit langem nicht zu sehen war.“

Die linke **Trybuna** (Auflage 22.000) behandelt den Berlinbesuch nüchtern auf Seite sechs unter der Überschrift: „**Diplomatie ohne Emotionen**“. Von der Reise sei realistischer Weise kein Durchbruch zu erwarten gewesen, aber ein sachliches Gespräch, das über zwei Stunden mit der deutschen Kanzlerin stattgefunden habe. Die Probleme blieben trotz des Regierungswechsels in Polen auf der Tagesordnung, aber das Gesprächsklima habe sich geändert. Die Kanzlerin habe eine Delegation zur Erläuterung des „sichtbaren Zeichens“ zugesagt, das Teil des europäischen Netzwerkes „Erinnerung und Solidarität“ sein solle, in dem auch das von Tusk vorgeschlagene Weltkriegsmuseum in Danzig einbezogen werden könne.

POLEN

STEPHAN RAABE
LEITER DES AUSLANDSBÜROS

17. Dezember 2007

www.kas.de/warschau

www.kas.de

Auch Tusk sehe das Kriegsmuseum nicht als Alternative zum Vertreibungsgedenken in Berlin. Das Hauptproblem sei Frau Steinbach. Mit Bezug auf sie habe Tusk gesagt: „Personen mit fraglichen Intentionen sollten nicht beteiligt werden“ bei dem Projekt „sichtbares Zeichen“. Bei der Gaspipeline seinen trinationale Gespräche Deutschland, Polens und Russlands geplant.

Für die vom Springer-Verlag herausgegebene polnische BILD-Zeitung mit dem Namen **FAKT** (Auflage 500.000) ist der Berlinbesuch kein besonderes Thema. Berichtet wird auf Seite neun mit einem Bild von der Pressekonferenz. „**Es wird keine Forderungen geben**“, lautet die Überschrift, Polen könne aufatmen. Den Gebietsforderungen der NPD sei eindeutig widersprochen worden von Kanzlerin Merkel. Sowohl Merkel wie Tusk sagten, sie würden die Probleme Schritt für Schritt lösen. Tusk habe sich extra einen neuen Mantel für den Besuch zugelegt.

Die liberale Tageszeitung **Polska** (Auflage 420.000) aus dem Verlag Passauer Presse macht mit der negativen Überschrift auf: „**Tusk hat Berlin nicht erobert**“. Die Visite habe keine konkreten Lösungen, nur Lächeln gebracht. Es gebe keine Wende in den polnisch-deutschen Beziehungen. Mit seinen Vorschlägen eines Weltkriegsmuseums in Danzig und der Verlegung der Gaspipeline durch Polen sei Tusk gescheitert. Positiv sei die erneute Absage Merkels gegenüber Restitutionsansprüchen an Polen und die eindeutige Distanzierung von Forderungen der NPD.

Die konservativ-liberale Springer-Zeitung **Dziennik** (Auflage 160.000) bringt auf Seite eins die große Schlagzeile „**Merkel: 3 x Nein**“. „Die deutsche Regierung vertritt entschlossen den Standpunkt, dass das Zentrum zur Erinnerung an die Ausgesiedelten in Berlin angesiedelt sein muss“. Die wichtigsten Probleme seien nicht gelöst worden, im Gegenteil: Deutschland beharre weiter auf der Gaspipeline sowie auf der Erinnerungsstätte für Vertriebene und wolle keine Verantwortung für die eventuellen finanziellen Folgen der Entschädigungsklagen der aus Polen ausgesiedelten deutschen Bevölkerung übernehmen. Die Enttäuschung sei

groß, denn Tusk habe bei seinem Besuch auf einen Durchbruch gehofft, besonders im Hinblick auf die Aussiedlerfrage. Nach seinem Vorschlag sollte der Vertriebenen im Rahmen eines Museums des Zweiten Weltkriegs in Danzig gedacht werden. „Es ist also undenkbar, dass Polen Lösungen akzeptiert, die eine solide historische Bilanz des Zweiten Weltkriegs in Frage stellen.“, heißt es in Tusks Grußwort an die BILD-Leser. „Über das Museum in Danzig können wir miteinander sprechen, aber nicht als über eine Alternative, sondern als eine Ergänzung des deutschen Projekts,“ sagte die Bundeskanzlerin und verwies auf die Koalitionsvereinbarung der deutschen Regierung. Sie habe außerdem nicht versichert, „dass die antipolnisch gesinnte Erika Steinbach am Projekt nicht teilnimmt“. Der deutsche Standpunkt bleibe also in allen Schlüsselfragen für Polen unverändert. Nur die Atmosphäre habe sich geändert. Die beiden Politiker wollten mit jeder Geste beweisen, dass die Zeit der deutsch-polnischen Spannungen hinter uns liegt. Polen werde sich dennoch nicht an der Gaspipeline beteiligen, denn das über die Ostseepipeline bezogene Gas sei nach Ansicht von Vizepremier Pawlak zu teuer.

Der Kommentar von Andrzej Talaga auf Seite zwei des **Dziennik** steht unter dem Titel: „**Tusk prallt gegen den deutschen Eisberg**. Alles wird nun klar. Für die deutsche Regierung ist die Vergangenheit wichtiger als bessere Beziehungen zu Polen“. Durch den Besuch werde deutlich, dass es nicht die antideutschen Phobien von Tusks Vorgängern gewesen seien, die für die Spannungen im deutsch-polnischen Verhältnis gesorgt hätten, sondern der harte Standpunkt der Deutschen, die sich in Sachen Vertriebene und Ostseepipeline taub stellten. Die ungelöste Frage der Eigentumsforderungen durch die Aussiedler schwebte weiter wie ein Damoklesschwert über den Beziehungen zu Deutschland. Eigentlich seien diese Beziehungen gut. Deutschland wolle oder könne aber nicht einsehen, dass für Polen der Zweite Weltkrieg immer noch ein lebendiges Trauma sei, keine tote, weit zurückliegende Geschichte.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

POLEN

STEPHAN RAABE

LEITER DES AUSLANDSBÜROS

17. Dezember 2007

www.kas.de/warschau

www.kas.de

Die konservative **Rzeczpospolita** (Auflage 150.000) titelt auf Seite eins: „**Ohne Durchbruch in Berlin**. In den wichtigsten Fragen für Polen – Eigentumsforderungen, Pipeline und Umgang mit der Geschichte – macht Deutschland keine Zugeständnisse. Die Kanzlerin erwirke aber eine Zusicherung von Russland, das Embargo gegen polnisches Importfleisch aufzuheben“. Zu den handfesten Ergebnissen des Besuchs gehöre die inoffizielle Information über die Aufhebung des russischen Fleischembargos bis Ende Dezember. Die wichtigsten Probleme seien jedoch auf später verschoben worden. Als Experten werden zitiert Marek Cichocki (Natolin): „Die Christdemokraten hängen am Konzept des sichtbaren Zeichens und werden es nicht ändern wollen“; Cornelius Ochmann (Bertelsmann): „Vom Verzicht auf die Ostseepipeline durch Deutschland ist nicht die Rede. Es geht nur um einen Kompromiss, der alle Parteien das Gesicht wahren lässt“; Kai-Olaf Lang (Stiftung Wissenschaft und Politik): „Ein Stimmungswechsel ist auch ein Fortschritt, allerdings kein großer.“ Der Titel des Kommentars von Piotr Semka auf Seite zwei lautet: „**Lächeln und bittere Pillen für Tusk**“. Wäre eine Wende in der deutschen Polenpolitik geplant gewesen, hätte sie sich gerade jetzt bei Tusks ersten Besuch vollziehen müssen. Dies sei leider nicht der Fall gewesen. Erst mit der Zeit werde sich zeigen, ob die Diplomatie des Lächelns messbare Ergebnisse mit sich bringen wird. Der Premier kann der Bundeskanzlerin bis jetzt nur Lächeln abgewinnen.

Auf den Seiten 12 und 13 der **Rzeczpospolita** wird der Berlinbesuch von Cezary Gmyz analysiert und von Marek Cichocki und Kai-Olaf Lang kommentiert. Gmyz hebt positiv hervor, dass über die Pipeline zukünftig unter Einbeziehung Polens von Deutschland und Russland gesprochen werden solle und dass sich Wirtschaftsminister Pawlak in seinen Gesprächen mit dem deutschen Wirtschaftsminister Glos und dem CDU-Abgeordneten Wellmann offen gezeigt habe für eine europäische Einbeziehung und Vernetzung des Pipelineprojektes. Die Deutschen wollten die polnische Beteiligung am Vertriebenenzentrum. Prof. Bartoszewski

meine, man solle dieses Thema historisch behandeln, nicht politisch, das Problem sei nur, dass manche in Deutschland glaubten, dass der Zweite Weltkrieg erst mit den Folgen begonnen habe. In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung werde positiv bewertet, dass Polen sich jetzt mit eigenen Konzepten wie dem Weltkriegsmuseum in Danzig einbringe. Merkel habe zum wiederholten Male die Eigentumsforderungen von Vertriebenen als gegenstandslos bezeichnet und ihnen jegliche Unterstützung versagt. Auch die jüngst von Seiten der NPD geäußerten Gebietsansprüche habe sie sehr deutlich zurückgewiesen. Tusk habe diese Ansprüche als eine Randerscheinung in Deutschland bewertet. Marek Cichocki meint, der Besuch habe keinen Schritt nach vorne von Seiten Deutschlands dargestellt, selbst in Deutschland werde verschiedentlich die passive Haltung Deutschlands bei den Problemen mit Polen kritisiert, die die sich daraus ergebenden Konsequenzen nicht in Betracht ziehe. Der Vorschlag eines Weltkriegsmuseums sei positiv, weil ein Schritt in Richtung auf eine umfassende Erinnerungskultur. In Deutschland hingen allerdings die Christdemokraten an dem Konzept eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ und seien für Änderungen nicht bereit. Kai-Olaf Lang spricht dagegen von einer neuen Qualität in den polnisch-deutschen Beziehungen. Deutsche Vorschläge würden nicht mehr von vornherein abgelehnt. Polen selbst bringe eigene Initiativen wie den Vorschlag eines Weltkriegsmuseums ein, das der Einordnung der Vertreibungen dienen könne. Die Atmosphäre habe sich deutlich verbessert und es herrsche ein gänzlich anderes Gesprächsklima. Tusk habe die Versicherung Merkels, Deutschland wolle nichts tun, was gegen Polen gerichtet sei, akzeptiert. Bei der Pipeline zeichne sich eine Lösung der Frage der Energiesicherheit durch eine europäische Vernetzung ab.

Die der PiS-Partei der Brüder Kaczyński nahe **Gazeta Polska** geht überhaupt nicht direkt auf den Berlin-Besuch Tusks ein. In einer Analyse auf Seite 30 unter der Überschrift „**Dafür und sogar dagegen**“ – ein berühmtes Zitat Lech Wałęsas – beschäftigt sich die konservative Deutschlandexpertin Krystyna Grzybowska jedoch mit der Au-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

POLEN

STEPHAN RAABE

LEITER DES AUSLANDSBÜROS

17. Dezember 2007

www.kas.de/warschau

www.kas.de

ßenpolitik der neuen Regierung, die unvor-
bereitet, ohne Abstimmung und Substanz
eine diplomatische Offensive betreibe. So
verspreche Premier Tusk eine neue Öffnung
zu Deutschland, halte aber an den alten
Forderungen der Vorgängerregierung fest.
Außenminister Sikorski signalisiere im Ge-
spräch mit seinem deutschen Amtskollegen
Steinmeier Gesprächsbereitschaft über ei-
nen Anschluss Polens an die Ostsee-
Gaspipeline, dagegen lehne Tusk die Pipeli-
ne weiter als ein schlechtes Zeichen
deutsch-russischer Solidarität auf Kosten
Polens ab. Sikorski verkünde, in der Frage
der Raketenabwehr werde Polen mit Russ-
land in Konsultationen eintreten, Tusk da-
gegen hebe hervor, dieses Projekt sei eine
souveräne Entscheidung Polens. Die Po ha-
be nur an der Ablösung der PiS gearbeitet,
nicht jedoch an einem eigen alternativen
Programm, so die polemische Schlussfolge-
rung aus der Perspektive der nationalkon-
servativen Opposition.



Konrad
Adenauer
Stiftung

Impressum

Konrad Adenauer Stiftung e.V.

Hauptabteilung

Internationale Zusammenarbeit

Fundacja Konrada Adenauera

Przedstawicielstwo w Polsce

ul. J. Dąbrowskiego 56

PI-02-561 Warszawa

Telefon

+48 22 845 93 30

+48 22 848 54 01

Fax

+48 22 848 54 37

Mail

kas@kas.pl